

UNSERE FORDERUNGEN FÜR EINE UNABHÄNGIGE UND DEMOKRATISCHE HOCHSCHULE

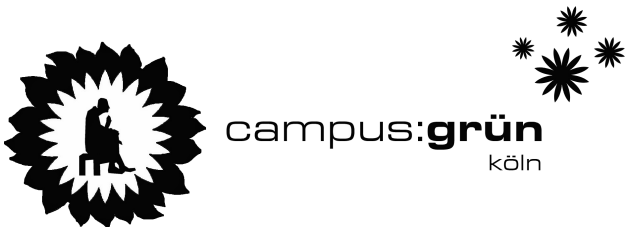
- ✗ Abschaffung des Hochschulrats
- ✗ Abschaffung der Studiengebühren
- ✗ mehr Basisdemokratie auf allen Ebenen
- ✗ Drittelparität und Quotierung in allen universitären Gremien

Drittelparität
bezeichnet eine
Stimmgleichheit
zwischen
ProfessorInnen,
MitarbeiterInnen und
StudentInnen

Quotierung meint die
Besetzung von
mindestens 50% der
Plätze durch Frauen

- ✗ die Landesregierung muss sich sowohl inhaltlich als auch finanziell ihrer Verantwortung für die Hochschulen stellen
- ✗ Verhinderung der Einflüsse von Unternehmen an den Hochschulen

Stoppt den Hochschulrat
21.Mai, 10 Uhr
Albertus-Magnus-Platz



www.campusgruen.uni-koeln.de

ALLES WIRD BESSER? – DER NEUE HOCHSCHULRAT

An der Öffentlichkeit und den StudentInnen vorbei sollen externe VertreterInnen mehr Einfluss auf unsere Hochschule bekommen. Hierzu hat die Landesregierung aus CDU und FDP sich im Zuge des Hochschulfreiheitsgesetzes ein neues Gremium ausgedacht das große Macht besitzt und mehrheitlich von externen Mitgliedern besetzt ist. Nach 18-monatiger Suche hat eine Kommission 10 Mitglieder gefunden, die sich an diesem Gremium beteiligen wollen. Diese sollen ab Ende Mai den Hochschulrat an unserer Uni bilden:

- ✗ 8 uniexterne Personen aus Wirtschaft, Kultur und Politik z.B. bekommen VertreterInnen von Bayer und Deutsche Bank einen Sitz
- ✗ nur 2 ProfessorInnen und keine anderen Angestellten oder StudentInnen der Universität
- ✗ beaufsichtigt und bestimmt gleichzeitig das Rektorat
- ✗ wird für 5 Jahre berufen
- ✗ übernimmt viele Aufgaben des Senats
- ✗ wird ohne studentische Mitbestimmung gewählt
- ✗ tagt vier Mal im Jahr unter Ausschluss der Öffentlichkeit



→ unsere Universität wird demnächst von einem undemokratischen Gremium regiert das kaum wissen kann, was hier geschieht. Gleichzeitig wird VertreterInnen von multinationalen Konzernen Stimmrecht und damit noch mehr Einfluss eingeräumt.

HOCHSCHULFREIHEITSGESETZ

Die Einsetzung des Hochschulrats ist nur ein Beispiel neoliberaler Hochschulreformen der jetzigen Landesregierung. Der geistige Freiraum der Universität soll einer unreflektierten Wissensvermittlung für den Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen weichen. Im Gegensatz zur vorherigen Regelung, nach der die MitarbeiterInnen und ProfessorInnen beim Land angestellt waren, sind sie jetzt der Unileitung unterstellt. Dies setzt die DozentInnen unter Druck und verhindert Freiheiten in der Wahl der Themen und schränkt somit kritische Wissenschaft ein.

STUDIENGEBÜHREN

Die StudentInnen müssen für das selbstverständliche Recht auf Bildung bezahlen. Die im Schulsystem verankerte soziale Selektion wird durch die Studiengebühren noch verschärft. Studieren wird zum gesellschaftlichen Privileg und die soziale Kluft vergrößert sich.

„FREIE“ UNI

Der Staat zieht sich aus der Leitung der Hochschule zurück und arbeitet auf eine Selbstfinanzierung der Hochschulen hin. Die Universität ist somit zu verstärkter Kooperation mit Unternehmen gezwungen. Wir befürchten, dass die Landesregierung eine Abhängigkeit der Hochschulen von Unternehmen plant. Schon heute ist der Einfluss auf die universitäre Forschung durch Unternehmen so groß, dass die Forschung fürs Allgemeinwohl kommerzieller Forschung weichen muss, die Forschung an den deutschen Universitäten wird bereits zu 20% aus Drittmitteln betrieben. Freie Forschung unabhängig von kommerzieller Interessen wird nahezu unmöglich.

Auch vor dem Bereich der Lehre wird der Ökonomisierungsdruck nicht halt machen. Fächer ohne direkten wirtschaftlichen Nutzen werden in Zukunft verschwinden oder zumindest innerhalb der Universität deutlich schlechter gestellt.

UNSERE KRITIK

campus:grün Köln lehnt den Hochschulrat und die neoliberalen Reformen an den Hochschulen aus folgenden Gründen ab:

- ✗ keine studentische Mitbestimmung
- ✗ keine Mitbestimmung der wissenschaftlichen und nichtwissenschaftlichen MitarbeiterInnen
- ✗ undemokratische Wahl und Wiederwahl des Hochschulrats
- ✗ keine geschlechtergerechte Besetzung (nur 2 Frauen)
- ✗ der Hochschulrat hat sowohl Aufsichts-, als auch Steuerungsfunktionen und wird somit nicht kontrolliert
- ✗ arbeitsrechtliche Abhängigkeit von der Hochschule schränkt kritische DozentInnen und ProfessorInnen ein
- ✗ Einfluss wirtschaftlicher Interessen an der Hochschule wächst
- ✗ durch nichtöffentliche Sitzung gibt es keine Transparenz
- ✗ geistiger Freiraum wird zugunsten unternehmerischer Prinzipien und Konkurrenzdenken aufgegeben
- ✗ Hochschulen werden in eine Konkurrenz um Drittmittel gedrängt und richten ihre Forschung darauf aus

